



Newsletter Mai 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

und wieder einmal erhalten Sie meinen aktuellen Newsletter.

Eine anregende Lektüre wünscht wie immer

Ihre Erika Mann

Chemikalienrichtlinie REACH tritt am 1. Juni 2007 in Kraft

Die weit reichenden Neuregelungen des EU-Chemikalienrechts treten am 1. Juni 2007 in Kraft. Genau ein Jahr später beginnt die damit verbundene sechsmonatige Vorregistrierung für Altstoffe. Dies ist nicht nur relevant für die chemische Industrie, sondern auch für Hersteller und Importeure von Produkten, in denen sich die von REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) regulierten Stoffe befinden.

REACH zielt darauf ab, den Einsatz gefährlicher Chemikalien besser zu kontrollieren, die gefährlichsten Substanzen durch Austauschstoffe zu ersetzen und die bislang 40 Rechtstexte zum Chemikalienrecht in einer einzigen Verordnung zusammenzufassen. Erika Mann hat REACH im Rahmen des Industrieausschusses mitgestaltet und steht für Fragen und Hinweise zur Verfügung.

Haushalt 2008: Historische Wende möglich?

Erstmals soll der größte Anteil des EU Haushaltes für die Bereiche Wachstum und Beschäftigung ausgegeben werden. So sieht es der Haushaltsvorentwurf für 2008 vor. Der Entwurf leitet damit einen überfälligen Paradigmenwechsel ein, denn bisher war der größte Teil des EU-Haushaltes stets für die Ressorts Landwirtschaft und natürliche Ressourcen vorgesehen.

Der Vorentwurf sieht für die Bereiche Wachstum und Beschäftigung 44,2 Prozent der Haushaltsmittel und für die Bereich Umweltschutz, die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen – einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik 43,6 Prozent vor.

Dieser Entwurf wird nun zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedsstaaten verhandelt. Zum Ende des Jahres 2007 ist die Verabschiedung vorgesehen.

Vollständige Liberalisierung der Postmärkte ab 2009?

Postdienste innerhalb der Europäischen Union sind zurzeit noch nicht vollständig liberalisiert. Briefe bis 50g können nach geltendem Gesetz noch bis Ende 2008 einem Unternehmen exklusiv zugewiesen werden. Die daraus entstehende Monopolstellung eines Unternehmens ist verbunden mit der Verpflichtung des Unternehmens, diesen Universaldienst zu finanzieren. Für die Zeit nach 2008 gibt es derzeit noch keine Nachfolgeregelung. Einen Vorschlag für diese Regelung hat die Europäische Kommission im Oktober 2006 vorgelegt. Dieser sieht eine vollständige Öffnung des Postmarktes ab 2009 vor.

Allerdings gibt es zu diesem Vorschlag weder im Europäischen Parlament noch bei den Mitgliedsstaaten eine einheitliche Meinung. Zurzeit wird überlegt, ob der Zeitrahmen für die vorgesehene vollständige Öffnung des Postmarktes nicht verschoben werden sollte. Im Gespräch ist ein Zeitrahmen bis 2012.

Deutschland hat bereits die vollständige Liberalisierung ab 2008 beschlossen. *"Sollte der Zeitrahmen in der EU verschoben werden, sollte der deutsche Gesetzgeber überlegen, ob dieser Plan wirklich sinnvoll ist. Möglicherweise sollte die Liberalisierung in Deutschland ebenfalls verschoben werden, damit es nicht zu einer einseitigen Marktöffnung kommt, bei der der deutsche Markt nicht für Wettbewerber geöffnet würde, gleichzeitig aber deutsche Anbieter keinen Zugang zu anderen europäischen Märkten finden würden".*

Die Deutsche Post hat in der Maiausgabe ihres Informationsblatts "[Postforum](#)" einige Informationen zur Liberalisierung der Postdienste zusammengestellt:

http://www.dpwn.de/dpwn?tab=1&skin=hi&check=yes&lang=de_DE&xmlFile=2007791

http://www.dpwn.de/dpwn?tab=1&skin=hi&check=yes&lang=de_DE&xmlFile=2007792

http://www.dpwn.de/dpwn?tab=1&skin=hi&check=yes&lang=de_DE&xmlFile=2007788

Kritik an Schäuble-Projekt: Vernetzung der Polizeidatenbanken

Der Europäische Datenschutzbeauftragte Peter Hustinx hat das von Bundesinnenminister Schäuble ins Gespräch gebrachte Konzept der Vernetzung der Polizeidatenbanken aller EU-Staaten scharf kritisiert. Das Projekt solle erst dann umgesetzt werden, wenn die EU gemeinsame Regeln für den Datenschutz aufgestellt habe, so Hustinx. Ansonsten hält er einen europaweiten Austausch von Fingerabdrücken sowie Ergebnissen von DNA-Tests für nicht zu verantworten, da es in den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Regelungen gäbe, wessen DNA gespeichert werden kann. Im Vereinigten Königreich z.B. werden die Daten aller Inhaftierten gespeichert, während dies in der BRD nur bei verurteilten Schwerverbrechern möglich ist.

Russland drittgrößter Handelspartner der EU-27

Die politischen Beziehungen zu Russland liegen nahezu auf Eis. Der Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Europa und Russland ist verschoben worden. Im Bereich der Infrastrukturplanungen für Gasleitungen sind die vorgesehenen Projekte in die Kritik geraten. Und im Bereich der Menschenrechte hat sich die Situation extrem negativ zugespitzt. Das Scheitern des Gipfeltreffens in Samara zwischen der EU und Russland ist nur ein Symbol für die allgemein schlechten Beziehungen. Das Europäische Parlament wird im Juni das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen im Plenum beraten. Wir werden dann darüber ausführlich berichten.

In den wirtschaftlichen Beziehungen hingegen gibt es durchaus positive Entwicklungen. So wies Eurostat anlässlich des EU – Russland - Gipfels darauf hin, dass sich zwischen 2000 und 2006 die Güterausfuhren der EU-27 nach Russland von 22,7 Mrd. Euro auf 72,4 Mrd. mehr als verdreifacht hätten. Auch die Einfuhren aus Russland haben sich von 63,8 Mrd. auf 140,6 Mrd. mehr als verdoppelt. Dieses hohe Handelsdefizit ist vor allem auf Importe im Bereich Energie zurückzuführen, das nur teilweise durch einen Überschuss bei Maschinen und Fahrzeugen ausgeglichen werden kann.

Gut 6% der Exporte der EU-27 entfallen derzeit auf Russland und 10% der Importe in die EU-27. Damit hat sich Anteil Russlands am gesamten Warenverkehr der EU-27 mit dem Ausland seit 2000 fast verdoppelt. Russland ist nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/65&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Dienstleistungen im Gesundheitsbereich

Am 23. Mai hat das Europäische Parlament einem Bericht des Binnenmarktausschusses zugestimmt, in dem sich das Parlament dafür ausspricht, Gesundheitsdienstleistungen weiterhin aus dem Geltungsbereich der "[Dienstleistungsrichtlinie](#)" auszunehmen, die im letzten Jahr vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Der Bericht über den "[Ausschluss von Gesundheitsdienstleistungen aus der Dienstleistungsrichtlinie](#)" wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eines der Ziele, die das Parlament damit verfolgt ist ein besserer Zugang zu grenzüberschreitenden Diensten für EU-Bürger. Dadurch soll auch die Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten erhöht werden. Der Bericht sieht unter anderem auch vor, zukünftig eine EU-weite Verwendung der Europäischen Krankenversicherungskarte zu ermöglichen. Der Bericht ist ein Initiativbericht des Europäischen Parlaments, und hat somit keine unmittelbare Rechtswirkung.

Verbraucher

Mobiles Telefonieren im Ausland ab dem Herbst günstiger

Das Europäische Parlament hat sich am 23. Mai mit großer Mehrheit für eine deutliche Senkung der Roaming-Gebühren ausgesprochen. Handykunden werden demnach ab Herbst maximal 49 Cent (zzgl. Mehrwertsteuer) pro Minute für abgehende, beziehungsweise 24 Cent für eingehende Anrufe im Ausland bezahlen. Der neue Eurotarif wird für alle Kunden gelten, die sich nicht explizit bei ihrem Anbieter für einen alternativen Tarif entscheiden. Diese Preisobergrenzen werden zudem drei Jahre lang stufenweise weiter gesenkt, danach wird die Verordnung überprüft und gegebenenfalls verändert.

Anfang Juni entscheidet noch der Ministerrat über die [Verordnung](#); die Zustimmung gilt als sicher, da die Verordnung ein Kompromiss aus Europäischem Parlament, Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission ist. So können die Tarife bereits zum Ende des Sommers gesenkt werden. Späturlauber könnten so gegebenenfalls schon in diesem Sommerurlaub von den günstigen Tarifen profitieren.

Regionales/Kommunales

Erste niedersächsische EU-Förderprogramme genehmigt

Anfang Mai hat die EU-Kommission die niedersächsischen Programme aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt. Somit stehen für die Region Lüneburg (Ziel-1 Gebiet) 598 Millionen Euro und 638 Millionen Euro für die restlichen Regionen von Niedersachsen zur Verfügung. Mit der Genehmigung der weiteren Programme ist zügig zu rechnen. Zurzeit läuft noch die Anhörungsphase zu den Förderrichtlinien. Ab Juli ist mit dem Beginn der Förderperiode zu rechnen.

Eine ausführliche Dokumentation über die geplanten Förderprogramme ist ab Anfang Juni in unserem Büro erhältlich!

Gute Lösung für den ÖPNV

Die Kommunen können zukünftig selber entscheiden, ob sie Verkehrsprojekte im Nahverkehr selber durchführen oder die Durchführung europaweit ausschreiben. Dies hat das Europäische Parlament in seiner Sitzung am 10. Mai beschlossen und damit eine wichtige Entscheidung im Sinne der Kommunen getroffen. Außerdem wurden in dem verabschiedeten Gesetz Schutzmechanismen für Arbeitnehmer bei Betriebswechsel festgeschrieben. Durch die Beschränkungen bei der Vergabe von Unteraufträgen enthält das Gesetz zudem einen Mechanismus, der Lohndumping einen Riegel verschieben soll.

"Dieser Beschluss stellt für die kommunalen Anbieter im ÖPNV, wie z.B. die Öffis (Kraftverkehrsgesellschaft Hameln mbH) eine positive Entwicklung dar".

Umwelt

Klimawandel-Ausschuss (CLIM) im EP eingerichtet

Das Europäische Parlament hat einen nichtständigen Ausschuss zum Thema Klimawandel eingerichtet. Dieser hat am 22. Mai 2007 mit der konstituierenden Sitzung seine Arbeit aufgenommen. Vorsitzender des Ausschusses ist der italienische sozialdemokratische Europaabgeordnete Guido Sacconi. Matthias Groote (SPD) aus Ostfriesland ist ebenfalls Mitglied im Ausschuss.

Der Ausschuss soll unter anderem Vorschläge für die künftige EU-Politik zum Klimawandel ausarbeiten und geeignete Maßnahmen zum Klimaschutz auf allen Ebenen vorlegen.

Aufgrund des hohen Arbeitspensums der bestehenden ständigen Ausschüsse soll der neue temporäre Ausschuss diese wichtige Aufgabe übernehmen. Besonders wichtig für die erfolgreiche Arbeit des Ausschusses ist eine sehr enge Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten. Innerhalb, aber auch außerhalb der Europäischen Union.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/committees/presentation.do?committee=2489&language=DE>

Umwelthaftungsrichtlinie in Kraft

Seit dem 30. April 2007 gilt mit der [Richtlinie 2004/35/EG](#) eine EU-weite Regelung für den Ausgleich von Umweltschäden. Zu den Schäden zählen: Schäden an Gewässern, natürlichen Lebensräumen und der Fauna und Flora sowie die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit durch die Verunreinigung von Böden. Die Richtlinie soll gewährleisten, dass diese Schäden in der EU künftig vermieden oder behoben werden und vor allem die Verursacher zur Verantwortung gezogen werden.

Nun sind die Mitgliedstaaten mit der Umsetzung in das nationale Recht am Zug. In Deutschland wird die Richtlinie mit dem Umweltschadengesetz (Entwurf: <http://dip.bundestag.de/btd/16/038/1603806.pdf>) umgesetzt. Hervorzuheben ist, dass das neue Umweltschadengesetz nicht rückwirkend gültig ist. Es bezieht sich also nur auf Umweltschäden, die nach Inkrafttreten verursacht werden.

Öffentliche EU-Konsultation zu Biokraftstoffen

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zum Thema Biokraftstoffe begonnen. Dabei geht es um Themen wie die Erreichung eines Biokraftstoffanteils von 10 Prozent und "die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit". Die Konsultation erfolgt im Nachgang zu der kürzlich verabschiedeten "Energiepolitik für Europa". In diesem Rahmen wurden verbindliche Zielvorgaben von 20 Prozent für den Gesamtanteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 sowie von 10 Prozent für den Anteil von Biokraftstoffen im Verkehrsbereich vorgeschlagen. Die öffentliche Befragung soll die Kommission bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Umsetzung dieser Zielvorgaben in Rechtsvorschriften unterstützen.

"Für Niedersachsen ist eine Beteiligung an der Konsultation enorm wichtig, weil sie helfen kann, die Stärken und Schwächen in diesem Sektor zu analysieren und Potentiale richtig einzuschätzen", sagt Erika Mann. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass sie eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Kollegen Priesmeier aus dem Bundestag zu diesem Thema für die zweite Jahreshälfte 2007 plant.

http://ec.europa.eu/energy/res/consultation/biofuels_en.htm

Recht

Europäischer Haftbefehl ist gültig

Der Europäische Gerichtshof hat am 3. Mai entschieden, dass der [Rahmenbeschluss](#) über den Europäischen Haftbefehl und die bisherigen Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten gültig ist. Er wies damit die Klage einer belgischen Anwaltsvereinigung ab, die unter anderem bemängelt hatten, dass die beiderseitige Strafbarkeit in Auslieferungsfällen nicht mehr geprüft wird.

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070033de.pdf>

Charta für geistiges Eigentum

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat Ende April in Würzburg eine „Initiative zu einer Charta zum Umgang mit geistigem Eigentum an öffentlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen“ vorgelegt. Sie ruft die Forschungseinrichtungen dazu auf, die Chancen die sich durch eine vernünftige Anwendung im Bereich des geistigem Eigentum zu nutzen.

"Forschungseinrichtungen und Universitäten müssen viel aktiver in der Zukunft ihre Chancen in einer modernen Wissensgesellschaft nutzen"

[http://www.bmbf.de/pub/Eckpunkte_IP_de\(2\).pdf](http://www.bmbf.de/pub/Eckpunkte_IP_de(2).pdf)

Härtere Strafen für Beschäftigung illegal Eingewanderter gefordert

Zukünftig sollen Arbeitgeber, die illegale Einwanderer beschäftigen, nicht nur Geldbußen, sondern auch die Kosten für den Rücktransport in die jeweiligen Heimatländer übernehmen, sowie Steuern und Sozialabgaben nachentrichten. Schwere Fälle sollen die Mitgliedstaaten mit Geld- und Haftstrafen oder sogar mit Firmenschließungen ahnden. Die betroffenen Unternehmen sollen zudem für bis zu 5 Jahre von öffentlichen Ausschreibungen und EU-Subventionen ausgeschlossen werden. Gleichzeitig sollen jedoch auch Anreize für eine legale Einwanderung von Arbeitskräften geschaffen werden. Hierfür sollen so genannte "Mobilitätspartnerschaften" mit Drittstaaten eingerichtet werden. Für die Staatsangehörigen dieser Länder könnte die EU Möglichkeiten der legalen Zuwanderung, z.B. in Form von Kurzzeitvisa schaffen.

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/678&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Etappensieg für Kampf der Gewerkschaften gegen Sozialdumping

Der europäische Gerichtshof wird sich schon bald mit zwei Fällen beschäftigen in denen es um die Rechtmäßigkeit von Aktionen von Gewerkschaften gegen "Sozialdumping" in Europa gehen wird. Die Gewerkschaften haben hier wichtigen Rückenwind von Generalanwälten am Europäischen Gerichtshof bekommen. In ihren Entscheidungsvorschlägen, die den Beratungen und den Urteilen der Richter vorausgehen, vertreten die unabhängigen Generalanwälte die Auffassung, dass die Gewerkschaftsmaßnahmen rechtmäßig seien.

Im ersten Fall geht es dabei um eine lettische Baufirma Laval, die Baustellen in Schweden betreibt, sich jedoch weigert, die dort Beschäftigten nach schwedischem Tarif zu bezahlen. Nach erfolglosen Verhandlungen rief die schwedische Bauarbeitergewerkschaft zu Blockaden der Baustellen auf. Generalanwalt Mengozzi erklärte, dass solche Aktionen von allgemeinem Interesse seien, da sie dem Arbeitnehmerschutz und dem Kampf gegen Sozialdumping dienen. Dies widerspräche nicht dem Gemeinschaftsrecht.

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070037de.pdf>

Im zweiten Fall geht es um die finnische Reederei Viking Lines, die ein Schiff nach Estland ausflaggen und eine kostengünstigere estnische Crew anheuern möchte. Der internationale Gewerkschaftsdachverband ITF (International Transport Workers' Federation) drohte daraufhin allen Mitgliedsgewerkschaften mit dem Ausschluss, sollten sich diese in Verhandlungen mit Viking Lines begeben. Somit hat die Reederei faktisch keine Möglichkeit mit estnischen Gesellschaften zu verhandeln. Generalanwalt Poiares Maduro machte deutlich, dass solche kollektiven Maßnahmen, die sich nur einschränkend und nicht verhindernd auf die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen auswirkten, rechtens seien.

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070037de.pdf>

"Diese Entscheidungsempfehlungen sind von großer Bedeutung für den Gerichtshof, jedoch ist dieser letztendlich nicht daran gebunden. Die Gewerkschaften haben durchaus einen Etappensieg gegen Sozialdumping in Europa erreicht".

GALILEO billiger als bisher geplant?

Nach neuen Plänen soll das europäische Satellitennavigationsprojekt nun komplett über die öffentliche Hand finanziert und organisiert werden, nachdem ein europäisches Industriekonsortium (acht Firmen aus mehreren Ländern [u. a. die Deutsche Telekom]) ein Ultimatum der EU hatte verstreichen lassen (siehe Newsletter April 2007).

Ursprünglich sollten zwei Drittel des drei bis vier Milliarden Euro teuren Vorhabens von einem Industriekonsortium getragen werden, doch die Unternehmen blieben über die Verteilung der Aufgaben zerstritten und scheuten das finanzielle Risiko. Nach Angaben aus deutschen Regierungskreisen kann das Projekt um 2 Milliarden Euro günstiger werden als bisher geplant. Wäre GALILEO mit dem Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft mit dem Industriekonsortium umgesetzt worden, hätte es zu höheren Kapitalkosten (1,5 Milliarden Euro) und einer von den Unternehmen verlangten Renditegarantie von 500 Millionen Euro geführt. Eine Vorentscheidung soll der Verkehrministerrat am 7. Juni fällen. Endgültig soll beim EU-Gipfel Ende Juni entschieden werden.

GALILEO ist eine Initiative der EU und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und soll seinen Sitz in Toulouse, London, Rom, Madrid und München haben. Das Projekt soll eine europäische Alternative zum von den USA betriebenen GPS-Satellitensystem sein. GALILEO soll besser als GPS sein und sogar zentimetergenaue Ortungen erlauben. Trotz der Konkurrenzstellung sollen die beiden Systeme untereinander und mit einem ebenfalls im Aufbau befindlichen russischen System kompatibel sein. Die Kommission rechnet durch GALILEO mit 150 000 neuen Arbeitsplätzen und Milliardenumsätzen.

Schon 2008 sollte das System fertig gestellt sein, jedoch ist bislang nur ein Testsatellit im All, der im Dezember 2005 gestartet wurde. Ein zweiter Satellit soll noch in diesem Jahr folgen. Das fertige System besteht aus 30 Satelliten und soll nach den derzeitigen Planungen im Jahr 2012 voll einsatzbereit sein.

"Auch aus niedersächsischer Sicht ist Galileo von großer Bedeutung, da der Forschungsflughafen Braunschweig an der Entwicklung beteiligt ist."

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/675&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EURATOM im 21. Jahrhundert

Der [EURATOM-Vertrag](#) über die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Atomkraft wird derzeit anlässlich seines 50-jährigen Bestehens neu überdacht. Im Europäischen Parlament wurde am 10. Mai über einen [Bericht](#) abgestimmt,

Diskutiert wurde die Frage, inwieweit das Europäische Parlament Entscheidungsbefugnis über den Vertrag bekommen soll, da eine Mitentscheidung in dieser Frage bislang nicht existiert. Dies wird von nahezu allen Seiten gefordert, da eine demokratische Legitimation sonst fehlt. Erika Mann ist in allen strittigen Punkten der Linie der SPE - Fraktion gefolgt. Eine Stellungnahme und weitere Informationen dazu finden Sie in kürze auch auf unserer Website.

EU-Verfassung im Mittelpunkt beim Treffen des Europäischen Rats

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft kündigte beim Außenministertreffen am 14. Mai an, dass der Schwerpunkt beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 21./22. Juni auf politischen und institutionellen Reformen liegen wird. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat sich zum Abschluss ihrer Amtszeit zum Ziel gesetzt, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und die Vorteile einer EU-Verfassung für die Bürger besser zu verdeutlichen. Ferner wird sich der Gipfel dem Thema Justiz und Inneres widmen, bei dem es insbesondere um Orientierungen zur polizeilichen Zusammenarbeit, die Bekämpfung des Terrorismus, die Umsetzung der Einwanderungspolitik, die Stärkung der Bürgerrechte und die Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit gehen wird. Es werden auch Beratungen zu Wirtschafts- und Sozialfragen erwartet, insbesondere im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarkts sowie Außenwirtschaftsbeziehungen, die Europäische Nachbarschaftspolitik und Mittelasien. Auch den Klimawandel hat die deutsche Präsidentschaft zu einem wichtigen europäischen Thema erklärt.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/94115.pdf

Nützliche Broschüren

Auf zwei informative Publikationen möchten wir Sie hinweisen:

„Möchten Sie gern in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten? - Dann informieren Sie sich über Ihre Rechte“

http://ec.europa.eu/employment_social/publications/2007/ke7506930_de.pdf

„Europarecht im Alltag - 50 Fragen an die Bürgerberaterin“

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/information/buergerberater_broschuere.pdf

Hinweise auf wichtige Termine in der Region

2. Juni, ab 10:00 Uhr

SPD-Unterbezirksparteitag Diepholz
Gasthaus Recker
Diepholzer Str. 81
49453 Wetschen

3. Juni, 10:30 Uhr

Diskussionsveranstaltung über die „Europäische Identität“
Altenhilfezentrum Johannishof
Kampweg 9
37124 Rosdorf

15. und 16. Juni Hannover

SPD-Bezirksparteitag
AWD-Hall
Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 8
30169 Hannover

30. Juni, 10:00 Uhr

außerordentlicher Landesparteitag der SPD Niedersachsen
Hannover Congress Centrum
Theodor-Heuss-Platz 1-3
30175 Hannover

Hinweis auf wichtige Termine in Brüssel oder "dem Rest der Welt"

26. bis 30. Juni

Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft
Kiel

9. Juni, 15:00 Uhr

31. Evangelischer Kirchentag
Werkstatt: „Zukunft der Religionsgemeinschaften in Europa“
Congress-Centrum Ost Europasaal
Messegelände Köln

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation,
Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada),
Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik,
Forschungspolitik